



«Die Städte sind keine Bittsteller» Die Zürcher SP-Justizdirektorin Jacqueline Fehr rüffelt «privilegierte» Seegemeinden und erklärt, weshalb sie gerne aneckt

Interview: Jan Hudec, Fabian Baumgartner
Frau Fehr, Sie haben kürzlich die Zürcher Seegemeinden harsch kritisiert. Es finde dort kaum Entwicklung statt und sie machen nichts besser als Städte wie Winterthur. Wollten Sie sich für den Wahlkampf ins Gespräch bringen?
Nein, ich wollte ein Thema auf die Agenda setzen, das eines der wichtigsten ist für unseren Kanton. Und damit gehört es natürlich auch in den Wahlkampf. Die grosse Frage ist: Wer trägt die Kosten des Wachstums? Es ist längst bekannt, wie unterschiedlich die Belastungen in den verschiedenen Gemeinden sind, und auch, wie unterschiedlich übereinander gesprochen wird. Ein Vertreter einer Goldküstengemeinde sagte mir öffentlich, dass sie ihr schwer verdientes Geld die Limmat hinabschicken müssten, damit dieses dann in den Städten verprasst werde.

Vielleicht machen die Seegemeinden ja einfach eine bessere Steuerpolitik?

Das machen sie nicht. Sie sind finanziell in einer besseren Position, weil sie von ihrer privilegierten Lage profitieren.

Kantonale Wahlen

vom 24. März 2019

Diese Lage generiert höhere Bodenpreise und damit höhere Wohnkosten. Und das zieht Leute an, die sich das leisten können und entsprechend Steuern bezahlen. Die Personen, die unsere Europaallee gebaut haben oder die uns im Universitätsspital betreuen, wohnen nicht an der Goldküste. Kurz: Die Richtschnur für die soziale Zusammensetzung sind die Wohnungspreise. Die städtischen Zentren haben nicht mit ihren Finanzen zu kämpfen, weil sie etwas schlechter machen, sondern weil sie es mit ganz anderen Belastungen zu tun haben. Wenn die Limmattaler den Bau

der Limmattalbahn ablehnen, dann ist das ein Hilferuf: «Wir wollen nicht noch schneller wachsen!»

Genau dieses Wachstum hat der Kanton den städtischen Zentren aber verordnet. Ja natürlich, es ist ja auch ökologisch sinnvoll, dass wir konzentriert wachsen. Aber wir müssen den Menschen in den Zentren und ihren Sorgen mehr Aufmerksamkeit schenken. Wir müssen mit offenen Ohren zuhören, was dort gesellschaftlich passiert. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative ist auf genau diese Wachstumsschmerzen zurückzuführen. Die Zukunft des Kantons Zürich entscheidet sich in den städtischen Zentren. Dort entscheidet es sich, ob wir ein fortschrittlicher und offener Kanton bleiben oder ob wir uns abschotten, weil es zu viele Verlierer gibt.

Aber wenn eine Gemeinde 100 Millionen Franken in den Zürcher Finanzausgleich bezahlen muss, fühlt sie sich vielleicht auch als Verlierer. Haben Sie dafür kein Verständnis?

Selbstverständlich. Aber die Chancenunterschiede sind so gross, dass es einen Ausgleich braucht. Der Kanton Zürich liefert auch viel Geld in den nationalen Finanzausgleich ab. Der Kanton Jura hat nun einmal keine ETH und keinen Flughafen. Von solchen historischen Glücksfaktoren profitieren wir heute. Deshalb braucht es Ausgleichsmechanismen und nicht Anschuldigungen. Sie können finanzieller oder auch politischer Natur sein. Die Städte und Agglomerationen sind keine Bittsteller, sondern wollen eine faire Entschädigung für die Leistungen, die sie für den ganzen Kanton erbringen.

Im Kanton plädieren Sie deshalb für einen stärkeren Ausgleich der Soziallasten. Ausgleichsmechanismen bergen aber auch Gefahren. Wenn alles zentra-

liert ist, hat man als einzelne Gemeinde keinen Ansporn mehr, in der Sozialhilfe die Kosten tief zu halten.

Da haben Sie recht. Bei der Sozialhilfe wäre es falsch, wenn man die gesamten Kosten unter allen Gemeinden gleichmässig verteilen würde. Im Gegensatz zum Bereich der Zusatzleistungen kann die Sozialhilfe von den Gemeinden noch stark geprägt werden. Hier kann man bessere oder schlechtere Arbeit leisten.

Welche Lösung schwebt Ihnen vor?

Kanton und Gemeinden teilen sich die Kosten im bisherigen Verhältnis – rund 25 Prozent Kanton, 75 Prozent Gemeinden. Vom Gemeindeanteil soll die Hälfte in einen Ausgleichs-Pool fliessen. Damit hätte man einerseits einen Lastenausgleich, andererseits hätten die Gemeinden aber weiterhin ein Interesse daran, ihre eigenen Kosten möglichst tief zu halten. Die genaue Ausgestaltung des Sozialhilfegesetzes werden wir im nächsten Jahr diskutieren.

Sie ecken immer wieder an. Auf Twitter haben Sie die SVP als Antidemokraten bezeichnet. Brennen Ihnen manchmal die Sicherungen durch?

Nein, und Ihre Aussage ist falsch. Mein Tweet zielte nicht auf die SVP. Jeder, der meinen Beitrag genau angeschaut hat, hat gesehen, dass sich dieser darauf bezogen hat, dass an einer Abstimmungsveranstaltung zur Selbstbestimmungsinitiative eine Bundesrätin niedergeschrien wurde. Für mich ist es antidemokratisch, wenn man Menschen daran hindert, ihre politischen Ansichten zu äussern. Ich hoffe nicht, dass es sich dabei um SVP-Mitglieder handelte. Dass man – wie Sie jetzt auch – meinen Tweet im Nachhinein in einen Angriff auf die SVP umgedeutet hat, gehört zum politischen Spiel.

Aber Sie lassen schon gern einmal Dampf ab, oder? Es gibt dafür ja noch



andere Beispiele ...

Ich habe drei Hüte: Ich bin Mitglied der Regierung, ich bin Chefin von 2000 Mitarbeitern, und ich bin Politikerin. Ich bin tief überzeugt davon, dass politisch gewählte Führungspersonen auch Politik machen müssen.

Das heisst, dass man sich auch einmal pointiert äussert?

Absolut! Jemand wie alt Bundesrat Pascal Couchepin ist für mich eher ein Vorbild als alt Bundesrat Joseph Deiss (lacht). Es ist entscheidend in einer Demokratie, dass man sich den Debatten stellt und Stellung bezieht. Dafür muss man auch negative Reaktionen aushalten können. Ein wichtiger Aspekt von Freiheit bedeutet für mich, keine Angst haben zu müssen. Und ich habe eine Abmachung mit mir selbst getroffen: Solange ich furchtfrei politisieren kann, mache ich Politik. Wenn ich dazu einmal nicht mehr die Kraft habe, höre ich auf.

Inwiefern ist denn die Digitalisierung in der Verwaltung angekommen?

Meine Direktion nimmt hier eine führende Rolle ein. Digitalisierung ist bekanntlich kein IT-, sondern ein Organisationsprojekt. Deshalb fördere ich die Zusammenarbeit über Amts- und Direktionsgrenzen hinweg stark. Stolz sind wir auf ein paar spannende Neuentwicklungen. So hat die ganze Schweiz unseren E-Umzug, also die digitale Umzugsmeldung, übernommen. Auch Robotik kommt bei uns zum Einsatz: Das Erfassen von Eheschliessungen erfordert ein Dutzend Arbeitsschritte. Dies übernimmt nun ein Roboter mit einem einzigen Mausklick.

Zum Pionier wollten Sie den Kanton vor vier Jahren im Wahlkampf machen.

«Zürich kann mehr» hiess der Slogan. Wir verspüren noch wenig davon. Sie? Doch, da gibt es einiges. Wir sind beispielsweise federführend in Religionsfragen. Die Positionierung des Regierungsrats zum Verhältnis von Kirche und Staat wird weitherum stark beachtet, sogar in Deutschland. Wir leisten aber auch bei der Gefährlichkeitseinschätzung von

Personen oder im Justizvollzug, etwa bei der Krisenintervention oder der Untersuchungshaft, Pionierarbeit. Und wir sind der erste Kanton, der einen Imam im Gefängnis angestellt hat und muslimische Seelsorger ausbildet.

Mit Ihrer Forderung nach einer staatlichen Anerkennung muslimischer Gemeinschaften haben Sie für Aufsehen gesorgt. Wo steht das Projekt?

Wir sehen immer mehr, dass das Konzept der staatlichen Anerkennung uns blockiert, weil man wie die Maus vor der Schlange sitzt und nur diesen grossen Schritt sieht. Wir haben deshalb Alternativen gesucht und versuchen, auf Projektbasis den Austausch mit der muslimischen Gemeinschaft zu stärken – etwa bei der Ausbildung von muslimischen Seelsorgern. Wir prüfen zudem in einer Studie, ob ein Gesetz über nicht anerkannte Religionsgemeinschaften eine Grundlage bieten könnte. Dort könnte man Rechte und Pflichten definieren und den religiösen Gruppen gleichzeitig zu verstehen geben, dass sie eine Bedeutung für den Staat haben, der über jene eines Fussballvereins hinausgeht.

Reicht das, um dem Gefühl der Ausgrenzung bei Muslimen zu begegnen?

Die Anerkennung ist ja auch bei den muslimischen Gemeinschaften umstritten. Die nun lancierten Projekte werden dagegen sehr stark wahrgenommen. Man nimmt uns ab, dass wir die Muslime als wichtigen Teil der Gesellschaft sehen und anerkennen.

Und umgekehrt? Machen die Muslime genug für die Integration?

Ich spüre vor allem bei den Jungen eine sehr grosse Bereitschaft. Sie sind hier aufgewachsen, fühlen sich als Schweizerinnen und Schweizer, sprechen Mundart. Diese Generation definiert sich sehr stark über die hiesigen Institutionen. Bei der älteren Generation dagegen fehlt dies teilweise. Da müssen wir die Strukturen stärken. Es braucht demokratisch legitimierte Vertretungen der Muslime, die gegen innen und aussen auftreten können.

Der grösste Bereich Ihrer Direktion ist die Justiz. Sie hatten es mit spektakulären Fällen zu tun, von der Flucht eines Liebespaares aus dem Gefängnis bis hin zur Mutter, die zuerst ihre Kinder und dann sich selbst umgebracht hat. Was blieb Ihnen in Erinnerung?

Der Kontakt mit den Angehörigen der Opfer. Das geht weit über meine Funktion als Justizdirektorin hinaus. Ich kann das Leid nicht ungeschehen machen, aber ich kann mir Zeit für die Betroffenen nehmen.

Sie haben ja nicht für alle Zeit.

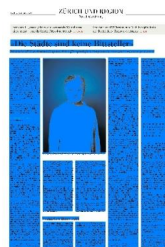
Doch, für Angehörige kann ich mir immer Zeit nehmen. Die Belastung nach einem tragischen Ereignis ist aber auch für die Mitarbeitenden enorm. Nehmen Sie die Gefängnismitarbeiter, die den

Es braucht demokratisch legitimierte Vertretungen der Muslime, die gegen innen und aussen auftreten können.

Suizid der Mutter aus Flaach trotz allen Vorsichtsmassnahmen nicht verhindern konnten. Ein Mitarbeiter hat mir einmal gesagt, er habe das Gefühl, ihm sei «Gefängnisaufseher» auf die Stirn geschrieben, alle schauten ihn auf der Strasse so komisch an. Es braucht sehr viel Energie, um den Rechtsstaat zu verteidigen.

Auch die Ansprüche der Gesellschaft scheinen zu steigen. Sicherheit geht über alles. Spüren Sie den Druck, keine Fehler mehr machen zu dürfen?

Ja, diesen Druck gibt es. Ich kann das auch nachvollziehen. Wenn es einen selber trifft, will man nichts mehr von Risikokultur oder rechtsstaatlichen Grundsätzen hören. Aber der Rechtsstaat ist die Ablösung vom Lynchsystem, bei dem die Direktbetroffenen geurteilt haben. Diese Distanzierung müssen wir verteidigen. Gefährlich ist es dort, wo es eine Art



Schere im Kopf gibt, weil man Angst hat. Öffentlichkeit fürchtet.

Zum Beispiel?

Wenn man aus Furcht vor dem Risiko dem Häftling die vorzeitige Haftentlassung verweigert, obwohl ihm diese aufgrund des Rechtes zusteht. Oder wenn die Kesb nicht mehr die fachlich richtige Massnahme trifft, weil sie sich vor den Reaktionen der Angehörigen und der

Wir kommen noch zum Wahlkampf.

Falls Sie wiedergewählt werden: Bleiben Sie Justizdirektorin?

Das werden meine Kollegen und ich miteinander entscheiden.

Möchten Sie die Direktion behalten?

Ich hatte vier ausserordentlich span-

nende Jahre und stehe mitten in interessanten Projekten.

Wir nehmen das als ein Ja. Wie sehen Sie die Chancen Ihrer linken Mitbewerber? Hand aufs Herz: Sie haben keine.

Das Rennen wird wie immer erst am Wahltag entschieden. Gerade im Kanton Zürich gab es schon deftige Überraschungen. Der Wahlkampf wird also spannend.

Verhinderte Bundesrätin

Jhu. · Jacqueline Fehr gehört dem linken Flügel der SP an. Im bürgerlichen Kanton Zürich war der Weg in den Zürcher Regierungsrat für die ehemalige SP-Vizepräsidentin deshalb kein Spaziergang. Die Winterthurerin landete bei ihrer Kandidatur 2015 auf dem letzten von sieben Plätzen, distanzierte allerdings den Bisherigen Martin Graf (gp.) deutlich. So gelang es ihr, den Sitz der zurückgetretenen Parteikollegin Regine Aepli zu verteidigen. Im Regierungsrat hat sie die Direktion der Justiz und des Inneren übernommen.

Fehr war von 1998 bis 2015 Nationalrätin. Sie galt als eine der einflussreichsten eidgenössischen Parlamentarierinnen und schmiedete immer wieder auch erfolgreiche Allianzen über die Parteigrenzen hinweg. Sie musste allerdings auch harte Rückschläge einstecken. Bei der Bundesratswahl 2010 zog ihr die Bundesversammlung Simonetta Sommaruga vor, und 2012 wurde sie als Favoritin nicht zur Chefin der SP-Bundeshausfraktion gewählt. – Fehr ist 55 Jahre alt und Mutter von zwei erwachsenen Söhnen.

Datum: 07.01.2019

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 104'397
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 13
Fläche: 110'576 mm²

Auftrag: 1025002
Themen-Nr.: 343.003

Referenz: 72110129
Ausschnitt Seite: 4/4



Die Zukunft Zürichs entscheide sich in den Zentren, sagt Jacqueline Fehr. GORAN BASIC / NZZ